

Christoph Mörgeli



## Tiefflüge und ein Höhenflug

Die Befürworter der Massenzuwanderungsinitiative sollten gefälligst Lösungen auf den Tisch legen. Aber sie hätten eben keine. Überhaupt löse die SVP-Volksinitiative vom 9. Februar kein einziges Problem. Seltsam, dass ausgerechnet jene Lösungen einfordern, die uns das ganze Schlamassel eingebracht haben. Für Lösungen der Probleme wären eigentlich die Problemverantwortlichen zuständig. Auch bei der Massenzuwanderung gilt das Verursacherprinzip.

Letzten Samstag zündeten fast alle Zeitungen ihre ganz grossen Raketen. Im Tages-Anzeiger und im Bund spendete Patrick Feuz trostlosen Trost: «Weil es vielen EU-Staaten wohl noch lang schlecht geht, wird die Zuwanderung in die Schweiz vermutlich auf Jahre hinaus hoch bleiben.» Dann folgt die Aufforderung, die Schweizer sollten endlich näher zusammenrücken. Und verdichteter wohnen. Wenn aber die Bevölkerung weiter wachse wie bisher, werde der Bundesrat nicht darum herumkommen, «mit Brüssel eine neue Lösung zu suchen» – eine «minimale Steuerungsmöglichkeit». Sind das die guten Argumente für ein Nein?

Noch tiefer flog Peter A. Fischer in der Neuen Zürcher Zeitung. Der Schweiz scheine es zu gelingen, «sich von einem traditionellen Agrar- und Industrieland» in ein «dynamisches Zentrum für Hochtechnologie und wertschöpfungsintensive Dienstleistungen zu wandeln». Wie bitte? Will uns das Weltblatt NZZ tatsächlich weismachen, unser Land sei vor Einführung der EU-Personenfreizügigkeit ein Bauern- und Arbeiterstaat mit einigen rauchenden Fabrik-schloten gewesen? Wo doch die Bevölkerung schon im Zweiten Weltkrieg nur dank massiven Nahrungsmittelimporten überlebte. Und wo es schon vor 2007 neben den Bauern ein bisschen globalisierten Finanzplatz, Dienstleistung, Tourismus und obendrein Weltkonzerne, Hunderttausende von KMU und viel zu viel öffentliche Verwaltung gab.

Weit über die intellektuelle Einöde von Tagi, Bund und NZZ hinaus ragte an diesem trüben Samstag einzig die Gastkommentatorin der Boulevardzeitung Blick. Der «Star des Tages», Vitaliya (28) aus Zumikon, «liebt verführerische Dessous». Und ihre heisse Figur zierte ein verdammt helles Köpfchen. Auf die Frage, was sie als Bundesrätin tun würde, sagte die gebürtige Ukrainerin, ohne mit den schönen Wimpern zu zucken: «Ich würde die Personenfreizügigkeit begrenzen.»

## DIE INITIATIVE «MASSEINWANDERUNG STOPPEN» AUS LANDWIRTSCHAFTLICHER SICHT

# Zuwanderung und Raumplanung nicht auf dem gleichen Kurs

Der Kanton Zürich steht unmittelbar vor einer Gesamtrevision der Richtplanung. Die Begrenzung des Siedlungsgebietes wird zur grössten planerischen Herausforderung. Das statistische Amt korrigiert seine Langfristprognosen zum Bevölkerungswachstum in kürzeren Abständen und grösseren Sprüngen nach oben. Die Baulandreserven innerhalb des Siedlungsgebietes werden vom Wohnungsbau kurzerhand aufgeessen. Neue Quartiere entstehen ohne Bezug zur örtlichen Bevölkerung. Dem Kanton Zürich und seinem Verkehrssystem platzt der Kragen.



Hans Frei  
Kantonsrat SVP und  
Präsident des Zürcher  
Bauernverbandes  
Watt-Regensdorf

So viele Menschen in so kurzer Zeit in einem so anspruchsvollen Raum anzusiedeln, wird zur Herausforderung für eine Gesellschaft. Das Wachstum ist nicht mehr auf die Ressourcen ausgerichtet. Aus raumplanerischer Sicht führt kein Weg an einer verstärkten Regelung der Zuwanderung vorbei.

### Mehr Siedlungsraum nicht erwünscht

Die jüngsten Volksabstimmungen setzten Signale zum qualitativen Wachstum. Die Sensibilität zum Erhalt des Kulturlandes ist gewachsen. Dies hat unterschiedliche Gründe. Unsere Bevölkerung will im Umgang mit den endlichen Ressourcen, in diesem Fall mit dem Boden, einen haushälterischen Umgang.

Die Zeiten der arrondierten, auf Vorsorge ausgerichteten Neueinzonungen sind vorbei. Was 1995 bei der letzten Richtplanrevision als flächenmässigen Beitrag zum Wachstum begründet wurde, ist endgültig Vergangenheit. In den vergangenen zwanzig

Jahren wurde jedem Bürger vor Augen geführt, dass bei einer solchen intensiven Bautätigkeit alle unsere gesteckten Anforderungen an die Infrastrukturentwicklung nicht eingehalten werden können.

Ein S-Bahnnetz, das infolge «erfolgreicher» Auslastung seinen Fahrplan nicht einhalten kann, wird zum Ärgernis der Benutzer. Ein optimiertes Streckennetz in die Agglomeration und benachbarten Gebiete war und ist die effizienteste Wohnbauförderung ausserhalb der Zentrumsgebiete.

Die Nähe von Arbeitsplatz und Wohnort sind aus dem Katalog der Synergien für Lebensqualität schlicht wegrationalisiert worden. Ein Schienennetz, das an den innerstädtischen Knotenpunkten die Passagiere nicht ebenso leistungsfähig und pünktlich weiterbefördern kann, erhöht den motorisierten individuellen Verkehr.

Das Ergebnis ist ein völlig kollabierendes Strassenverkehrsnetz in und rund um die Agglomerationsräume. Das verdichtete Bauen findet letztlich augenfällig in jeder Ecke unseres Kantons statt. Für die einen ist dies ein erfolgreiches Wirtschaftswachstum, das sich massgeblich durch die Freizügigkeit in der Zuwanderung zu einem Selbstläufer ohne Nachhaltigkeit für unsere Ge-

sellschaft entwickelt. Zu starkes Bevölkerungswachstum kann die Sicherung innerhalb einer bestehenden Kultur äusserst belasten.

Eine solche Entwicklung kann nicht leichtfertig hingenommen werden. Es braucht in der Zuwanderung Regeln, mit denen die Einreise gesteuert werden kann, mit denen die Einreise an konkrete Bedingungen geknüpft werden muss.

Diese Voraussetzungen müssen wieder geschaffen werden. Diese Einschränkungen stehen für jedes Land unabhängig und den wirtschaftlichen Beziehungen übergeordnet, in einem direkten Zusammenhang mit den vorhandenen Ressourcen wie Boden, Wasser, Ernährung, Lebensraum etc.

Die Bevölkerungsentwicklung mit Bezug zum Landverbrauch ist in einer Wechselbeziehung wie die Saatmenge bei der Aussaat eines Getreides.

Es gibt auch in der Natur die Schwellen des einschränkenden Wachstums. Entwickeln sich Pflanzen auf zu engem Raum, wird ihre Qualität unweigerlich eingeschränkt.

### Klare Fakten für den ZBV

Der Gesamttrichtplan wurde in den vorberatenden Kommissionen des Kantonsrates mit einer äusserst an-

forderungsreichen Zielsetzung verabschiedet. Die Siedlungsfläche im Kanton Zürich wird in der Flächenbilanz nicht ausgedehnt.

Wer sich mit den jüngsten Entwicklungszahlen im Kanton Zürich auseinandersetzt, stellt fest, dass Planung und Realität mittelfristig nicht übereinstimmen.

Der Zürcher Bauernverband (ZBV) machte an seiner Vorstandssitzung im vergangenen Dezember eine sorgfältige Lagebeurteilung und teilte diese Einschätzung vorbehaltlos. Die Frage der notwendigen Arbeitskräfte aus dem Ausland ist berechtigt, aber in Bezug auf die Zuwanderungsthematik untergeordnet.

Für Personen, die auf unserem Arbeitsmarkt gefragt sind, wird es auch in Zukunft Lösungen geben. Der Arbeitsmarkt Schweiz wird auch in Zukunft attraktiv bleiben. Wir nehmen in Kauf, dass Regelungen für die Einreise unumgänglich sind.

Wenn wir unseren Raum mit Blick auf qualitatives Wachstum nächsten Generationen weitergeben wollen, kann der Zustrom der Bevölkerung auf der Basis der Personenfreizügigkeit so nicht aufrecht erhalten werden.

Daher ist die Abstimmung vom 9. Februar so wichtig. Unterstützen Sie die Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung.

## JA ZUR VOLKSINITIATIVE «GEGEN MASSEINWANDERUNG»

# Steuerung der Zuwanderung als Staatsaufgabe – Teil 2

Ein unabhängiger Staat bestimmt selber, wer auf seinem Staatsgebiet lebt. Dieser Grundsatz, den die Schweiz mit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU preisgegeben hat, soll mit der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung in der Verfassung festgeschrieben werden. Die Schweiz soll die Einwanderung von Ausländern wieder selber steuern und kontrollieren können: Wie viele kommen in die Schweiz? Wer? Für wie lange?



Hans-Ueli Vogt  
Kantonsrat SVP  
Zürich 7/8

Die Gegner der Initiative sagen, dass mit ihrer Annahme der Wohlstand gefährdet würde, denn die Schweiz sei auf die ausländischen Arbeitskräfte angewiesen. Tatsächlich ist die Schweiz in gewissen Wirtschaftszweigen wohl auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Jedenfalls haben die Unternehmen ein Interesse daran, auch im Ausland Mitarbeiter rekrutieren zu können, und die Schweizer Volkswirtschaft profitiert von der Arbeitskraft, der guten Ausbildung und dem Erfindergeist ausländischer Unternehmer, die in der Schweiz ihre Unternehmen aufbauen und Arbeitsplätze schaffen.

Kluge, tüchtige und anpassungsfähige Menschen sollen sich in der Schweiz entfalten können. Die Schweiz ist aus eigenem Interesse ein Einwanderungsland. Nur braucht sie hierfür keinen Vertrag mit der EU, sondern sie muss dafür sorgen, dass sie für kluge, tüchtige und anpassungsfähige Menschen attraktiv bleibt.

Sie muss ihnen gute Rahmenbedingungen und einen hohen Lebensstandard bieten. Allerdings ist gerade die unkontrollierte Einwanderung ein Faktor, der die Schweiz zunehmend unattraktiv macht: mit ihren Auswirkungen auf die Volksschule, die immer mehr Integrationsaufgaben übernehmen muss, auf den Verkehr auf Strasse und Schiene, der an seine Grenzen stösst, auf im-

mer mehr Vorschriften für den Arbeitsmarkt (flankierende Massnahmen) und auf die Ausländerkriminalität.

### Gefährdung der bilateralen Beziehungen zur EU?

Die Gegner sind besorgt um die bilateralen Beziehungen zur EU. Mit der Annahme der Initiative würden die Bilateralen I von der EU jedoch nicht einfach gekündigt, und die Schweiz wäre ihrerseits nicht verpflichtet, sie zu kündigen. Es käme zu einer Neuverhandlung des Dossiers «Personenverkehr», wobei die Initiative dem Bundesrat vorgibt, welche Position er in diesen Verhandlungen einzunehmen und möglichst durchzusetzen hätte.

Möglicherweise würden auch weitere Dossiers neu verhandelt. Zudem laufen die Verhandlungen über die sogenannten institutionellen Fragen. Kurzum: Es gibt einiges zu verhandeln und damit auch Spielraum und Gestaltungsmöglichkeiten. Dabei kann durchaus mit einem gewissen Verständnis seitens der EU gerechnet werden, ist doch die neue Verhandlungsposition der Schweiz nicht unbegründet: zehn Mal mehr Zuwanderung als bei Vertragsabschluss prognostiziert (80000 Personen pro Jahr statt 8000), dies bei einem Ausländeranteil (24 %), der mehr als doppelt so hoch ist wie in der EU, und dies in Zeiten, in denen die Zuwanderung auch innerhalb der EU auf Widerstand stösst.

Unter solchen Umständen hat man in einer Verhandlung nicht allzu schlechte Karten.

Im Übrigen aber muss man anerkennen: Ja, das Verhältnis zur EU wird vorübergehend unsicherer sein. Sich aus einem langjährigen Vertrag

mit einem Vertragspartner lösen und Neuverhandlungen verlangen, ist ein Prozess, der mit Ungewissheit verbunden ist.

Aber wenn man überzeugt ist, dass es für das Wohl der Schweiz nötig ist, die heutige Personenfreizügigkeit mit der EU zu beenden, dann muss die Schweiz diese Unsicherheit auch aushalten.

### Administrativer Aufwand eines Kontingentssystems?

Schliesslich führen die Initiativgegner den administrativen Aufwand ins Feld, den Höchstzahlen und Kontingente verursachen. Offensichtlich verursacht ein Kontingentssystem im Prinzip mehr Aufwand als die Personenfreizügigkeit. Jede Steuerung verursacht mehr Aufwand als keine Steuerung.

Aber wenn eine kontrollierte Zuwanderung das staatspolitisch und volkswirtschaftlich bessere Prinzip ist, ist der Aufwand in Kauf zu nehmen. Und selbstverständlich ist bei der konkreten Ausgestaltung eines Kontingentssystems alles daran zu setzen, dass der Behördenapparat schlank gehalten wird und die Formalitäten einfach zu bewältigen sind.

Was im Übrigen Aufwand verursacht, sind jedoch vor allem die Massnahmen, mit denen gewisse Folgen der unkontrollierten Zuwanderung korrigiert werden sollen: die Arbeitsmarktüberwachung (flankierende Massnahmen), immer mehr Gesamtarbeitsverträge, Mindestlohnforderungen, aber auch Vorschriften im Bereich der Raumplanung, inklusive Zweitwohnungs- und Kulturlandinitiative.

Diese Regulierungen sind ein Kollateralschaden der Personenfreizü-

gigkeit, dessen Ausmass erst erahnt werden kann.

### Zum Staat gehört das Staatsvolk

Zu einem Staat gehören ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk und eine Staatsgewalt, also die Ausübung politischer Macht. Bei der Masseneinwanderungsinitiative geht es um das Staatsvolk, genauer: darum, wer sich in der Schweiz aufhalten darf, ob er nun Schweizer Bürger sei oder nicht. Zwar leben wir in einer Zeit, in der viele glauben oder sich wünschen, die Staaten hätten ausgedient. Für die Globalisierungsromantiker und Internationalisten gibt es darum kein Staatsvolk mehr, sondern nur noch Weltbürger, die sich aufhalten dürfen, wo sie wollen.

Wer indessen noch an Staaten glaubt – daran, dass in kleinen, überschaubaren Einheiten die Bedürfnisse der Bürger besser festgestellt und Aufgaben wirksamer angepackt werden und Machtmissbrauch besser verhindert oder aufgedeckt wird –, dem ist nicht gleichgültig, wer sich auf dem Staatsgebiet aufhält. Genau das aber heisst Personenfreizügigkeit: Gleichgültigkeit als zuwanderungspolitisches Prinzip. Ein Land, das offene Grenzen und freien Personenverkehr akzeptiert, gibt sich als Staat auf.

Mit der Masseneinwanderungsinitiative wird demgegenüber festgehalten: Die Schweiz ist ein Staat, und sie will ein eigenständiger, unabhängiger Staat bleiben, und dazu gehört, dass sie selber steuert und bestimmt, wer in die Schweiz einwandern darf.

Fortsetzung des Beitrags im «Zürcher Bote/Bauer» vom 17. Januar 2014. Das vollständige Referat finden Sie auf [www.svp-zuerich.ch](http://www.svp-zuerich.ch).